

SCHWEIZER
PERSONAL
VORSORGE

PREVOYANCE
PROFESSIONNELLE
SUISSE

Wöchentlicher Infodienst
«Schweizer Personalvorsorge»

aktuell

Die Hoffnung auf steigende Zinsen wird in den nächsten Jahren wohl nicht erfüllt.

Seite 02

Nationalrat und Ständerat haben sich in der Reform der Ergänzungsleistungen geeinigt.

Seite 04

Pensionskassen

Rechnungslegung

Studie zeigt Auswirkungen der internationalen Standards

Eine [Studie](#) der Universität St. Gallen und der Prevanto AG mit Daten aus der Swis-scanto Pensionskassenstudie 2018 zeigt erstmals den Effekt der internationalen Rechnungslegungsnormen auf die Schweizer Pensionskassen: Pensionskassen, die nach IAS 19 bilanzieren, bewerten ihre Vorsorgeverpflichtungen vorsichtiger. Sie weisen im Schnitt aber einen höheren Deckungsgrad auf als jene Kassen, die dem Schweizer Standard folgen. Die beiden Autoren Lukas Müller-Brunner und Stephan Wyss präsentieren die Ergebnisse in der Maiausgabe der «[Schweizer Personalvorsorge](#)».

Performance 1

Durchschnittliche Performance von 1.2 Prozent im Februar

Die Pensionskassen im Sample der [UBS](#) erzielten im Februar eine durchschnittliche Performance von 1.2 Prozent und seit Jahresbeginn 4.4 Prozent nach Gebühren. Die kleinen Pensionskassen mit weniger als 300 Mio. Franken verwalteten Vermögen schnitten im Februar am besten ab mit 1.3 Prozent.

Performance 2

Pensionskasse des Kantons Graubünden erzielte –0.8 Prozent

Die Pensionskasse des Kantons Graubünden (PKGR) hat im letzten Jahr einen Verlust erlitten. Die Gesamtrendite belief sich nach Angaben der Kasse auf –0.8 Prozent. Der Deckungsgrad sank dadurch auf 103.2 Prozent. Die PKGR senkte den technischen Zinssatz per Ende 2018 auf 2 Prozent. In der Aprilausgabe der «[Schweizer Personalvorsorge](#)» erscheint ein Artikel über die kantonalen Pensionskassen. (sda)

Einlage

Offener Brief zur Pensionskasse der Stadt Winterthur

Vier Pensionskassenexperten (Liliane Grossmann, Marianne Frei, Patrick Baeriswyl, Philipp Reinhard) unterstützen in einem offenen Brief die Einlage von 144 Mio. Franken in die Pensionskasse der Stadt Winterthur ([PKSW](#)). Mit einem Vorsorgevermögen von rund 2 Mrd. Franken sei die PKSW sowohl aus versicherungstechnischer wie aus anlagentechnischer Sicht in einer guten Lage, die entsprechenden Risiken selber zu tragen. Der Einkauf in eine andere Vorsorgeeinrichtung werde in jedem Fall teurer als die vorgesehene Einlage.

15 et 16 mai 2019
STCC, Lausanne

Stéphane Chapuisat



VORSORGE
SYMPOSIUM
DE PREVOYANCE

Gregor Gubser, stellvertretender Chefredaktor «Schweizer Personalvorsorge»

Hoffnung und Risiko lasten auf Aktien

Die Zinsen steigen in den nächsten Jahren noch nicht. Mit Aktien lässt sich Rendite erzielen. Doch Aktien und manch weitere Anlageklasse verhalten sich stark zyklisch.

Die diesjährige Tagung «Neues zum BVG» der Ostschweizer Regionalgruppe Aufsicht über Vorsorgeeinrichtungen und klassische Stiftungen stand im Zeichen der Anlagen. Den Einstieg gestaltete Urs Schönholzer, Mitglied der Direktion und Delegierter für regionale Wirtschaftskontakte der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Sein Auftritt weckte Hoffnungen auf Informationen zu neuen Entscheiden zur Geld- respektive Zinspolitik der SNB. Diese Hoffnungen konnte Schönholzer nicht erfüllen. Stattdessen erklärte er die Ursachen der tiefen Zinsen.

Tiefzinsniveau auch strukturell bedingt

Dazu zeigte er auf, dass die Zinsen in den USA, Deutschland, Grossbritannien und der Schweiz ungefähr seit den 1980er Jahren nur eine Tendenz kannten: abwärts. Lagen die Zinsen auf 10-Jährige Staatsanleihen dieser Staaten vor knapp 40 Jahren noch zwischen 4 und 15 Prozent, liegen sie heute zwischen 0 und 3 Prozent. Schönholzer gestand ein, dass ein Teil davon – insbesondere in den vergangenen Jahren – auf die Geldpolitik der Zentralbanken zurückzuführen ist. Er verweist aber auch auf drei weitere Ursachen. Die Inflationsraten und mit ihnen die Nominalzinsen sind

deutlich gesunken – was sich durchaus mit dem Auftrag der SNB deckt, die für Preisstabilität sorgen soll. Weiter hat sich das reale BIP-Wachstum der Industriestaaten stark verringert, was sich auf die Realzinsen auswirkt. Schliesslich hat auch die Demografie einen Einfluss. Die Gruppe der 40- bis 65-Jährigen ist so gross wie nie zuvor. Ausgerechnet diese Gruppe gilt als sehr sparsam, was zu hoher Investitionsnachfrage bei etwas geringerem Bedarf führt.

Schliesslich liess Schönholzer doch noch etwas zur Zukunft der Zinsen durchblicken, nämlich, dass die SNB weiterhin ein um zirka 0.5 Prozentpunkte tieferes Zinsniveau als die EZB anstrebt. Da die Europäische Zentralbank ihre angekündigte Normalisierung wieder etwas nach hinten geschoben hat, ist kaum vor 2022 mit deutlich steigenden Zinsen zu rechnen.

Aktienrisiko grösser als Aktienquote

Als Reaktion auf die tiefen Zinsen haben die Pensionskassen im Durchschnitt ihre Aktienquote seit 2008 von 23 auf 32 Prozent erhöht, erläutert Thomas Stucki, CIO der St. Galler Kantonalbank, mit Hinweis auf die Swissscanto Pensionskassenstudie 2018. Dabei sind kaum Unterschiede zwischen kleinen und gros-

Asset Management

Wachstum und
ESG kombiniert:
EM-Aktien

mtx
by Vontobel Asset Management

ERFAHREN SIE MEHR

vontobel.com/mtx

sen Vorsorgeeinrichtungen festzustellen. Stucki zeigt sich als Freund von Aktieninvestitionen, da Aktien auf lange Sicht immer eine positive Entwicklung zeigten. Man müsse einfach mit den regelmässigen Schwankungen – also mit dem Risiko und der Volatilität – umgehen können.

In diesem Zusammenhang weist er auf diverse weitere Anlagen hin, die sich im Positiven wie auch im Negativen ähnlich verhalten wie Aktien. Dazu zählen in unterschiedlich ausgeprägter Form High-Yield-Anlei-

hen, CHF-Anleihen mit BBB-Qualität, Wandelanleihen, Rohstoffindizes und auch Hedge-Fonds. Stabilisierend wirken Gold und Schweizer Obligationen. Immobilien helfen wirksam die Risiken des Aktienportfolios zu diversifizieren. Sein Fazit ist daher: Es ist nichts gegen Investitionen der Pensionskassen in Aktien und sich ähnlich verhaltende Anlagen einzuwenden, solange sich das Führungsorgan deren Risiken bewusst ist und die Kasse über die entsprechende Risikofähigkeit verfügt.

Jahresabschluss

Liberty-Gruppe ist 2018 gewachsen

Die [Liberty-Gruppe](#) hat im letzten Jahr ein zweistelliges Wachstum erzielt. Der Zufluss an Neugeldern belief sich im Jahr 2018 gemäss provisorischen Zahlen auf 761 Mio. Franken gegenüber 538 Mio. im Vorjahr. Durch die negativen Markteinflüsse im letzten Quartal fielen die Vermögenswerte per 31. Dezember 2018 um 8 Prozent tiefer aus und betragen 2.4 Mrd. Franken. 2018 setzte die Liberty-Gruppe mit ihren Stiftungen insgesamt 1.2 Mrd. Franken um, um den Nettozufluss von 371 Mio. Franken zu erwirtschaften. Neu werden 21297 Destinatäre und 536 Unternehmen betreut.

Personalien

Wechsel an der Spitze der Profond

Mirjam Staub-Bisang tritt per Ende Juni 2019 als Präsidentin des Stiftungsrats der Profond zurück. Gemäss einer [Mitteilung](#) ist der Grund für Staubs Rücktritt ihre neue Funktion als Länderchefin Schweiz des weltweit tätigen Vermögensverwalters Blackrock. Als Nachfolger hat der Stiftungsrat von Profond Peter E. Bodmer zum Präsidenten gewählt. Ein Sitz im Stiftungsrat ist derzeit vakant, die nächsten ordentlichen Wahlen stehen 2020 bevor.

PRISMA

Anlagestiftung

Innovativ!
Schweizer Aktien
«Minimum Variance»
mit ESG Kriterien.

PRISMA bietet auch
Wandelanleihen mit
ESG im Anlage-
prozess an

... und einer
wettbewerbs-
fähigen TER!

PRISMA hat eigene
ESG-Kriterien entwickelt,
die konsequent auf alle
Anlagegruppen mit ESG Label
angewandt werden.

Endlich
ein fundierter
Ansatz !

Interessant !
Weltweite Aktien,
Low Vol und
ESG-Kriterien.

PRISMA ESG World ex-CH
Low Volatility Equities H

PRISMA ESG SPI®
Efficient

PRISMA ESG World
Convertible Bonds

Mitglied KGAST | ASIP

www.prismaanlagestiftung.ch



International**Das niederländische Parlament verabschiedet drei Rentenansträge**

Der Nationalrat der Niederlande hat drei Anträge als Ergebnis der jüngsten Rentendebatte angenommen. Wie [European Pensions](#) berichtet, zielen die Anträge darauf ab, die Rentenverhandlungen zwischen der Regierung und den Sozialpartnern zu fördern. Die Regierung wird unter anderem aufgefordert, innerhalb der nächsten sechs Monate einen Vorschlag auszuarbeiten, der es den Versicherten ermöglicht, von ihren Pensionsfonds Rechtssicherheit darüber zu erhalten, dass ihre Ansprüche und Rentenleistungen ausgezahlt werden.

**Sozial-
versicherungen****EL****Räte einigen sich bei der Reform**

National- und Ständerat haben sich auf eine Reform der Ergänzungsleistungen (EL) geeinigt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat den Anträgen der Einigungskonferenz zugestimmt. Bei der umstrittenen Vermögensschwelle hat sich der Nationalrat durchgesetzt: Wer mehr als 100 000 Franken Vermögen hat, hat künftig keinen Anspruch auf EL. Beim gesicherten Darlehen setzte sich der Ständerat durch, es wurde aus der Vorlage gestrichen. Der Nationalrat wollte die Freibeträge bei Wohneigentum tiefer ansetzen. Schliesslich hatte die Einigungskonferenz beantragt, dass EL für Tagestaxen direkt an Heime und Spitäler ausbezahlt werden können. In der Version der Einigungskonferenz hat die EL-Reform ein Sparpotenzial von 453 Mio. Franken. Nach der Zustimmung des Nationalrats ist die Vorlage bereit für die Schlussabstimmung. (sda)

IV**Anstieg der Arbeitsvermittlungen durch die IV-Stellen**

Schweizweit konnten die IV-Stellen im vergangenen Jahr 21156 Personen mit einer gesundheitlichen Beeinträchtigung im Arbeitsmarkt eingliedern. Dies bedeutet einen Anstieg von 5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und verdeutlicht die wichtige Rolle der Eingliederungsarbeit der IV-Stellen, teilt die IV-Stellen-Konferenz ([IVSK](#)) mit. Die 21156 Personen, die 2018 durch die IV-Stellen eingegliedert wurden, umfassen 11925 Personen, die ihren Arbeitsplatz behalten konnten, 1710 Personen, die im gleichen Betrieb in eine neue Stelle wechselten sowie 6887 Personen, die in einem neuen Unternehmen einen Arbeitsplatz fanden. Zudem gelang es 634 Personen mit einer laufenden IV-Rente, dank der Unterstützung der IV in der Arbeitswelt Fuss zu fassen.

Observationen**Überwachte Versicherte sollen Kosten tragen**

Nach dem Ständerat stimmt auch der Nationalrat dem Grundsatz zu, dass Personen, die sich mit unwahren Angaben Versicherungsleistungen erschleichen, die Mehrkosten von Observationen tragen müssen. Anders als der Ständerat hält er es jedoch nicht für nötig, zu präzisieren, dass die Mehrkosten «nur in angemessener Weise» überwältzt werden dürfen. Die Kosten können auch auf überwachte Versicherte übertragen werden, wenn eine Versicherungsleistung «in anderer

Tipp des Tages
Sie suchen den Immobilienfonds,
der vorwiegend auf professionell
verwaltete Liegenschaften setzt?
Verlangen Sie La Foncière.

www.lafonciere.ch


LA FONCIÈRE
DER REFERENZ-IMMOBILIENFONDS

Performance per 28.02.2019	1 Jahr	5 Jahre	10 Jahre
La Foncière	3,04 %	50,15 %	124,89 %
SXI Real Estate Funds TR	2,39 %	34,28 %	85,81 %

Für die laufende oder zukünftige Performance stellt die historische Performance keinen Indikator dar. Quelle: Bloomberg / BCGE Asset Management – Advisory.

rechtswidriger Weise» erschlichen wurde. Zudem sollen Zahlungen sistiert werden, wenn sich jemand einem Strafvollzug entzieht. Einig sind sich die Räte darin, dass unrechtmässig bezogene Leistungen während dreier Jahre zurückgefordert werden können sollen. (sda)

Unfallversicherung

Lücke im Gesetz

Wer vor dem 16. Geburtstag verunfallt und als Erwachsener wegen Spätfolgen oder eines Rückfalls arbeitsunfähig wird, kann nicht auf Taggelder der Unfallversicherung zählen. Der Bundesrat sieht keine Lösung für dieses Problem. In einem Bericht warnt er vor neuen Ungerechtigkeiten. Der Nationalrat beharrt jedoch darauf, dass die Rechtslücke geschlossen werden muss. Er hat es abgelehnt, eine 2014 angenommene Motion abzuschreiben. Nun entscheidet der Ständerat. (sda)

Krankenversicherung 1

Erhöhung der Franchise um 200 Franken abgelehnt

Eine Erhöhung der Franchisen um 200 Franken lehnt der Nationalrat ab. Er hat sich gegen eine Motion seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) ausgesprochen. Diese verlangte, die ordentliche Franchise von heute 300 auf 500 Franken anzuheben. Der Bundesrat lehnte die Erhöhung der ordentlichen Franchise um 200 Franken ebenfalls ab. Zusammen mit den Grünen, Konsumenten- und Rentnerorganisationen hat die SP bereits das Referendum beschlossen gegen eine deutlich moderatere Erhöhung der Franchisen um 50 Franken. Diese Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung. (sda)

Krankenversicherung 2

Zürcher CVP reicht 9000 Unterschriften für Prämieninitiative ein

Die Zürcher CVP hat ihre Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle» beim Kanton eingereicht. 9000 Unterschriften seien zusammengekommen, teilte die Partei mit. Davon müssen 6000 gültig sein. Die CVP fordert in ihrer Initiative, dass der Kanton «seine sozialpolitische Verantwortung wahrnimmt» und wieder mehr Geld für Prämienverbilligungen zur Verfügung stellt. (sda)

Krankenkassen

Parlament will gegen Anrufe von Maklern vorgehen

Das Parlament will Anrufe zur Gewinnung von Neukunden verbieten und die Vermittlerprovisionen begrenzen. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat angenommen. Der Bundesrat soll künftig Branchenlösungen für allgemeinverbindlich erklären können. Die telefonische Kaltaquise soll für Grund- und Zusatzversicherung verboten werden. Zudem sollen Berater ein Beratungsprotokoll erstellen müssen, das Kunde und Berater unterzeichnen. Auch die Ausbildung soll

Wir sind für
Sie da:
+41 58 585 13 50

GEMINI 1e-Kadervorsorge

Die Win-Win-Lösung für Sie als Arbeitgeber und Ihre Versicherten mit einem Jahressalär ab CHF 126 900.

Vorteile für Ihr Unternehmen

- Sie bieten Ihrem Kader eine moderne Zusatzvorsorge.
- Sie positionieren sich als attraktiver Arbeitgeber.
- Sie reduzieren Pensionskassenverbindlichkeiten in der Bilanz.

Vorteile für Ihre Versicherten

- Sie wählen die Anlagestrategie, die ihnen am besten entspricht.
- Sie haben die Chance auf langfristig höhere Renditen.
- Sie können monatlich online die Anlagestrategie wechseln.

geregelt werden. Die Provisionen sollen ebenfalls mit einer allgemeinverbindlichen Branchenlösung begrenzt werden. Der Nationalrat will, dass die Provisionen auch bei den Zusatzversicherungen gedeckelt werden. Über den erweiterten Motionstext muss noch der Ständerat befinden. (sda)

Familienzulagen

Nationalrat will Lücken stopfen

Der Nationalrat will bestehende Lücken bei den Familienzulagen stopfen. Unter anderem sollen arbeitslose alleinerziehende Mütter mit der Mutterschaftsentschädigung neu das Recht auf Familienzulagen haben. Die grosse Kammer ist ihrer Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (SGK) sowie dem Bundesrat gefolgt und hat das revidierte Bundesgesetz über die Familienzulagen angenommen. Die zweite Änderung betrifft die Ausbildungszulagen. Auch hier folgt der Nationalrat dem Bundesrat. Künftig sollen diese Zulagen bereits ab 15 Jahren ausgerichtet werden können. Ferner will der Nationalrat wie der Bundesrat eine gesetzliche Grundlage für Finanzhilfen an Familienorganisationen schaffen. Als nächstes entscheidet der Ständerat über die Vorlage. (sda)

International

Kompromiss bei arbeitslosen EU-Grenzgängern erreicht

Die EU-Institutionen haben bei der Koordinierung der Sozialversicherungssysteme in den umstrittensten Punkten einen Kompromiss erreicht. Dazu gehört auch das neue Regime für arbeitslose Grenzgänger. Neu soll das Arbeitgeberland Arbeitslosenunterstützung zahlen – und zwar nach dem sechsten Monat. Ein arbeitsloser Grenzgänger kann während 15 Monaten in seinem Wohnland auf Arbeitssuche gehen. Er erhält in dieser Zeit aber weiterhin Arbeitslosenunterstützung von jenem Land, in dem er zuletzt mehr gearbeitet hat. (sda)

Wirtschaft

Konjunktur

Expertengruppe senkt ihre Prognose

Die [Expertengruppe](#) des Bundes senkt ihre Prognose für das BIP-Wachstum 2019 von 1.5 Prozent auf 1.1 Prozent. Die Weltwirtschaft verliert stärker an Schwung als bisher angenommen. Das bremst den Schweizer Aussenhandel und die Investitionstätigkeit. 2020 sollte das Wirtschaftswachstum anziehen und auf 1.7 Prozent steigen.

Elternauszeit

Mehrere Wochen bei Novartis

Der Basler Pharmakonzern Novartis führt in der Schweiz eine bezahlte Elternauszeit von 18 Wochen ein. Die neue Regelung, die für Mütter und Väter gilt, wird per 1. Juli 2019 umgesetzt. Weltweit will der Konzern all seinen Angestellten in Zukunft eine Elternauszeit von mindestens 14 Wochen gewähren. (sda)

Smaller Companies. Bigger Potential.

Erfahren Sie mehr zu unserer Smaller Companies-Expertise.



Unter der Marke Aberdeen Standard Investments ist das Anlagegeschäft von Aberdeen Asset Management und Standard Life Investments zusammengefasst. Der Wert von Anlagen sowie die mit ihnen erzielten Erträge können sowohl sinken als auch steigen. Unter Umständen erhalten Sie Ihren Anlagebetrag nicht in voller Höhe zurück. In der Schweiz herausgegeben von Aberdeen Standard Investments (Switzerland) AG („ASIS“). Eingetragen in der Schweiz unter der Registernummer CHE-114.943.983. Eingetragener Firmensitz: Schweizergasse 14, 8001 Zürich. Zugelassen als Vertriebssträger kollektiver Kapitalanlagen von der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA.

Karikatur der Woche



Konjunktur und Immobilien

Neue Analysen

Fahrländer Partner hat die [Metaanalyse Konjunktur](#), die [Metaanalyse Immobilien Schweiz 1. Quartal 2019](#) sowie den [Bericht Immobilienanlagen Schweiz 1. Quartal 2019](#) publiziert.

www.vps.ch

Herausgeber VPS Verlag AG | Taubenhaustrasse 38 | Postfach 4242 | CH-6002 Luzern
 Telefon +41 (0)41 317 07 07 | abo@vps.ch | [Redaktion redaktion@vps.ch](mailto:redaktion@vps.ch)
 Urheberrechtlich geschütztes Produkt, darf weder in elektronischer noch in anderer Form kopiert, weitergeleitet, bearbeitet oder sonst wie verwertet werden.

Nie mehr etwas Wichtiges verpassen.

Ganz gleich, welche Entwicklung sich in der beruflichen Vorsorge abzeichnet. Mit der Mobilier sind Sie in besten Händen. Dank der Genossenschaft profitieren Sie von **nachhaltigen und partnerschaftlichen Lösungen**.
 Wissenswertes unter: mobilier.ch/berufliche-vorsorge

die Mobilier